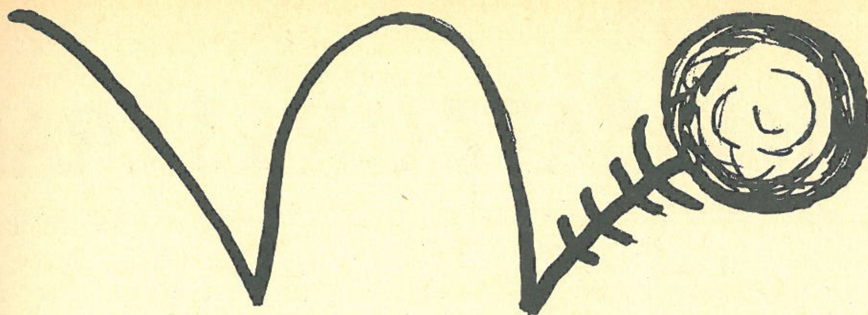


Der 4. springende Punkt

Herausgeber: AStA der MHL, 24 Lübeck, Ratzeburger Allee 160

INHALT:

4.11.75

DES KuMi's SATZUNGSKRAMPF

Die Satzung der Studentenschaft der MHL trifft Regelungen , die die Organisation der studentischen Gremien bestimmen. Sie macht Aussagen über die Zusammensetzung die Wahlen, den Aufbau und die Aufgaben der studentischen Gremien.

Im Wintersemester 73/74 begann eine vom StuPa gewählte Satzungskommission, eine Satzung für die Studentenschaft der MHL zu erarbeiten. Dies wurde notwendig, weil die MHL per 2.5.73 nicht mehr Teil des Klinikums Kiel war.

Der nach vielen Diskussionen erarbeitete Satzungsentwurf wurde im Frühjahr 74 dem KuMi zur Genehmigung vorgelegt. Trotz wiederholter Rückfragen bekam weder der AStA noch das StuPa eine Stellungnahme des KuMi.

Statt dessen wurde dem AStA im Juni 75 eine vom KuMi erarbeitete "Mustersatzung" vorgelegt, die dieser versucht, allen Hochschulen in Schleswig-Holstein aufzuoktroyieren. Am 20.10.75 schließlich wurde dem AStA ein Kommentar des KuMi zu unserem Satzungsentwurf vom Frühjahr 74 zugeleitet.

Es stellte sich heraus, daß der KuMi am 25.11.74 diese Stellungnahme dem damaligen Rektor Oberheuser zugeleitet hatte, mit der Bitte um Weiterleitung an die Studentenschaft. Weder der damalige Rektor noch das neue Präsidium hatten es nicht für nötig befunden, dies zu tun - bis zum 20.10.

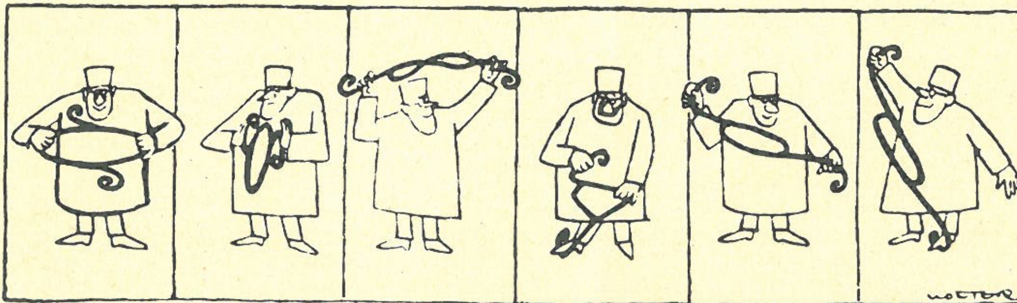
Gleichzeitig wurdem dem AStA mitgeteilt, ein genehmigungsfähiger Satzungsentwurf sei dem KuMi binnen 4 Wochen zuzuleiten, andernfalls würde das Prädidium angewiesen, der Studentenschaft der MHL eine Zwangssatzung zu geben! Der KuMi und seine Bürokraten brauchten 7 Monate um eine Stellungnahme abzugeben, die Studentenschaft soll in

Das StuPa wählte in seiner Sitzung v. 21.10.75 eine neue Satzungskommission, die sich mit den "Einwänden" des KuMi zum Satzungsentwurf der Studentenschaft der MHL beschäftigen soll.

Festzustellen an diesen "Korrekturen" ist jedoch auf den ersten Blick <u>folgende Problematik:</u>

Der KuMi versucht der Studentenschaft ihr Politisches Mandat zu verbieten. Solche Versuche, die Studentenschaft mundtot zu machen, haben ihre Parallele zu ähnlichen Versuchen an anderen Hochschulen wie z.B. an z.Zt. an der Uni Marburg , wo dem AStA mit Amtsenthebung gedroht wird, falls er nicht darauf verzichtet, ab sofort auf jede politische Äußerung, Forderung oder Aktion zu verzichten.

Man stelle sich die Situation vor, die sich ergibt, wenn der Studentenschaft ein politisches Mandat und die Ausübung mit Strafe belegt wird und zweitens eine Satzung nach der Vorstellung des KuMi Anwendung findet, die die noch verbleibende Möglichkeit der Meinugs- und Willensbildung über VV und Urabstimmung nicht mehr vorsieht.



(KuMi interpretiert Hochschulgesetze)

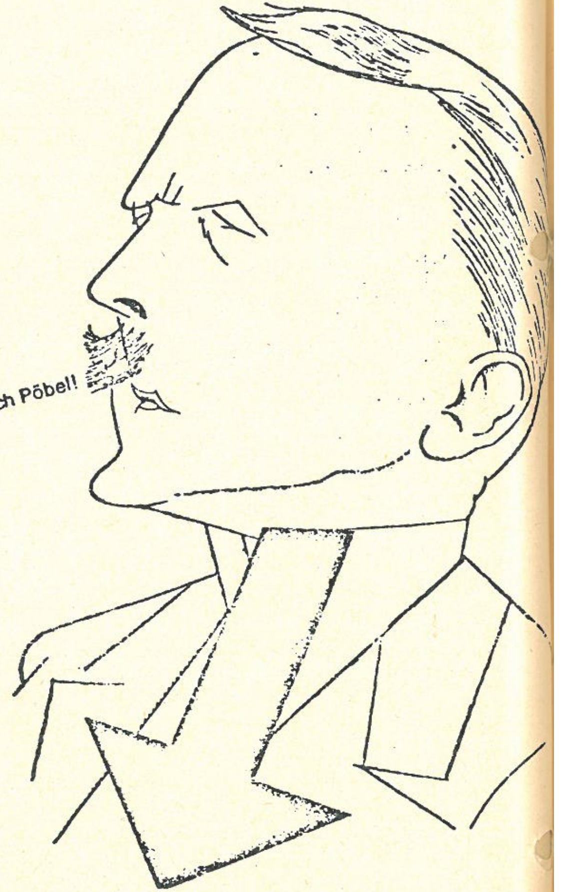
Woher das Kultusministerium allerdings den Optimismus nimmt, die Studenten würden als Angestellte und Beamte auf einmal aktiv für unsere Verfassung eintreten, wenn es die"Förderung des politischen Bewußtseins und der demokratischen Verantwortung der Studenten" für unnötig hält, bleibt unklar. Oder sollte das Ziel etwa ein unpolitischer Ja-Sager sein!? Der braucht allerdings kein politisches Bewußtsein. Und die Auswirkungen davon, daß

zu viele Leute (auch und gerade die Angestellten und Beamten) von sich glauben, unpolitisch zu sein, haben in Deutschland schon einmal eine verhängnisvolle Rolle gespielt!

Das Recht, zu politischen Fragen öffentlich Stellung zu nehmen, ist eines der wesentlichen , die wir Studenten haben.

Wir sollten und werden es uns nicht nehmen lassen, auch wenn eine uns aufgepreßte Zwangssatzung es fordert!

Ein weiterer Beanstandungspunkt des KuMi ist die Stellung von VV und Urabstiimung. Eine rechtliche Verankerung dieser beiden Organe in der Satzung wird vom KuMi mit Hinweis auf ihren plebiszitären (plebs= Pöbel, Mob, Volk) und urdemokratischen Charakter abgelehnt. Im HSG ist das StuPa zum höchsten Beschlußorgan bestimmt; die Vertreter sind nur ihrem Gewissen, nicht aber ihren Kommilitonen verpflichtet. Dieser christlich-unionistischen Auffassung von Demokratie können wir nicht zustimmen.

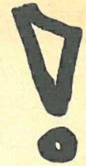


Wir wollen keine repräsentative sondern eine lebendige Demokratie, d.h. zur Gewährleistung einer wirkungsvollen Durchsetzung einer Politik im Interesse der Studentenschaft bedarf es mehr als einer "wahlperiodischen Neuinszinierung eines scheindemokratischen Parlamentarismus in der Uni.

Nach den Vorstellungen des KuMi soll die "Interessenvertretung der Studentenschaft" ohne die gesamte Studentenschaft selbst stattfinden. Durch die Abschaffung von VV und Urabstimmung wird einer Stellvertreterpolitik des StuPa's Tür und Tor geöffnet. Eine demikratische breite Diskussion über das politische Vorgehen und eine effektive Kontrolle der gewählten Vertreter soll also unmöglich gemacht werden.

Diesem Angriff auf unsere grundlegensten demokratischen Rechte

BUNDESREGIERUNG bricht VERFASSUNG



Mit 242 Stimmen von SPD und FDP gegen 192 Stimmen von CDU/CSU hat der Bundestag am 24.10. das Sondergesetz gegen die Beschäftigung von"Verfassungsfeinden" im Öffentlichen Dienst verabschiedet.

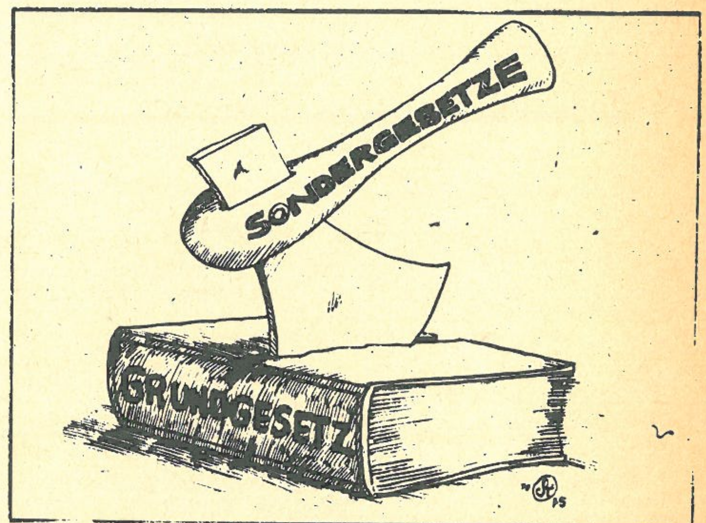
Blind und taub gegenüber den Millionenfachen Protesten in- und ausländischer Demokraten wird versucht die Berufsverbotspraxis,die nur noch vergleichlich mit der im faschistischen Spanien ist,durch das Sondergesetz zu legalisieren,das erstaunliche Ähnlichkeiten zum "Sozialistengesetz von 1933 aufzeigt.

Das vom Bundestag verabschiedete Gesetz richtet sich nicht nur gegen Kommunisten!Es bedroht Sozialdemokraten,Liberale und Christen,die für die Verwirklichung des Grundgesetzes,für mehr Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt eintreten!! Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst werden weiterhin einer verfassungswidrigen Gesinnungsschnüffelei ausgesetzt.

Die Berufsverbote,die Gesinnungsschnüffelei und die Unterdrückung der Meinungsfreiheit schaden dem Ansehen der BRD in Europa und der ganzen Welt.Die Völker der Nachbarländer befürchten,daß mit der Verfolgung von Antifaschisten,von Kämpfern für Demokratie und sozialen Fortschritt in der Bundesrepublik auch Gefahren für Entspannung, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa heraufbeschworen werden. lichen Erfahrungen,die Europa und die Welt mit dem deutschen Imperialismus und Militarismus machen mußten. Ihre Solidarität mit den demokratischen Kräften in der BRD ist aus den Erfahrungen des Kampfes gegen den deutschen Faschismus geboren.Sie ist eine große und wirkungsvolle Hilfe für alle Demokraten in der Bundesrepublik.

Als zusätzliche Verschärfung gegenüber dem bisherigen "Ministerpräsidentenerlaß" ist in einem Entschließungsantrag der Koalition zu sehen,in dem vorgesehen ist,daß der Geltungsbereich übe den öffentlichen Dienst hinaus in den Körperschaften,Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts Anwendung finde soll.

Ein solcher eklatanter Verfassungsbruch kann nur durch die Aktive Solidarität aller Demokraten zurückgeschlagen werde



Reichsgesetzblatt

Teil I

1933	Ausgegeben zu Berlin, den 7. April 1933	Nr. 34

Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.
Vom 7. April 1933.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 4

Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden. Auf die Dauer von drei Monaten nach der Entlassung werden ihnen ihre bisherigen Bezüge belassen. Von dieser Zeit an erhalten sie drei Viertel des Ruhegeldes (§ 8) und entsprechende Hinterbliebenenversorgung.

Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.
Vom 11. April 1933.

Auf Grund des § 17 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 175) wird verordnet was folgt:

Zu § 4 — 3.

(1) Bei der Prüfung ob die Voraussetzungen des § 4 Satz 1 gegeben sind ist die gesamte politische Betätigung des Beamten, insbesondere seit dem 9. November 1918, in Betracht zu ziehen.

(2) Jeder Beamte ist verpflichtet, der obersten Reichs- oder Landesbehörde (§ 7) auf Verlangen Auskunft darüber zu geben, welchen politischen Parteien er bisher angehört hat. Als politische Parteien im Sinne dieser Bestimmung gelten auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der Republikanische Richterbund und die Liga für Menschenrechte.

Dritte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.
Vom 6. Mai 1933.

Zu § 4 — 1.

Die Zugehörigkeit eines Beamten zu einer politischen Partei — ausgenommen die kommunistische Partei — rechtfertigt allein noch nicht die Annahme nationaler Unzuverlässigkeit. Dies gilt auch dann, wenn der Beamte eingeschriebenes Mitglied der Partei gewesen ist, an sie Beiträge bezahlt und ihre Versammlungen besucht hat.

„§ 2a

(1) Beamte, die der kommunistischen Partei oder kommunistischen Hilfs- oder Ersatzorganisationen angehört oder sich sonst im kommunistischen Sinne betätigt haben, sind aus dem Dienst zu entlassen. Von der Entlassung kann bei solchen Beamten abgesehen werden, die sich schon vor dem 30. Januar 1933 einer Partei oder einem Verbande, die sich hinter die Regierung der nationalen Erhebung gestellt haben, angeschlossen und sich in der nationalen Bewegung hervorragend bewährt haben.

(2) Zu entlassen sind auch Beamte, die sich in Zukunft im marxistischen (kommunistischen oder sozialdemokratischen) Sinne betätigen.

Berchtesgaden, den 20. Juli 1933.

Der Reichskanzler
Adolf Hitler

---

kleinanzeigen

Wo wird bzw. steht 4-Zimmer Wohnung frei?
Rolf Scheuer, Tünkenhagen 32

Ich suche einen billigen
K Ü H L S C H R A N K
Helene Poller, 24 Lübeck
Gr. Gröpelgrube 27/29

Wenn Ihr mal was zu verkaufen habt, irgendetwas sucht oder sonst was auf dem Herzen habt, gebt einfach eine Anzeige im Springenden Punkt auf! (kostenlos natürlich)

A U F R U F

ZUR KUNDGEBUNG UND DEMONSTRATION DES DGB AM 8. 11. 75 IN DORTMUND

Viele Lehrlinge, Schüler und Studenten, Eltern, Lehrer und Hochschullehrer haben 1969 gehofft, daß die SPD/FDP Regierungskoalition "mehr Demokratie wagen" und ihr Versprechen die "Bildungsreform an die Spitze der Reformen" zu stellen, einlösen werde. Viele haben den Strukturplan und den Bildungsbericht 1970 begrüßt, weil sie darin Elemente einer seit Jahren überfälligen umfassenden Bildungsreform wiederfanden. Manche haben die schrittweisen Abstriche an den Reformversprechen durch die verschiedenen Bildungsgesamtpläne mit Skepsis verfolgt. Immer mehr Eltern, Lehrer, Schüler und Studenten forderten konkrete Schritte zur Überwindung des Bildungsnotstandes. Zahlreicher wurden auch die Forderungen der Studenten und Hochschullehrer nach Mitbestimmung, besseren Studien- und Hochschulbedingungen und ausreichendem Ausbau der Hochschulen. Lehrlinge und Gewerkschafter demonstrierten in großen Aktionen für mehr Bildung und bessere Berufsausbildung.

Je mehr die Reformpläne und Versprechungen der Bundesregierung verschleppt und ständig reduziert wurden, desto mehr wuchs auch in Akademikerkreisen die Erkenntnis, daß eine Reform und Demokratisierung des Bildungswesens nicht als Geschenk von oben erwartet werden kann, sondern gemeinsam mit den Gewerkschaften als den größten Organisationen der Arbeiterschaft erkämft werden muß.

Die gegenwärtige ökonomische und politische Krisensituation wird von sozialreaktionären Kräften genutzt, unter Hinweis auf die angebliche Finanznot eine umfassende Bildungsreform für undurchführbar zu erklären. Viele sind enttäuscht, weil sie täglich in der Schule, in der Lehrwerkstatt, im Büro oder im Hörsaal erleben, daß auch die SPD/FDP-Regierungen ganz offensichtlich das Interesse der breiten Bevölkerungsschichten an mehr und besserer Bildung der konjunkturellen Lage unterordnen. Gegenwärtig erlebt die Bevölkerung der BRD, daß Milliarden DM als "Konjunkturanreiz" der Großindustrie geschenkt werden, die vorher bei der Reformfinanzierung einbehalten wurden. Der Masse der Bevölkerung werden ständig neue Lasten, Steuer- und Gebührenerhöhungen aufgeladen, während die hohen Rüstungsausgaben unangetastet bleiben und den Großkonzernen ständig steigende Subventionen zufließen.

Inflation, Arbeitslosigkeit und Preissteigerungen belasten die Mehrheit der Bevölkerung. Lehrerarbeitslosigkeit beweist, daß sich die Lage eines großen Teils der Intelligenz zunehmend der der Arbeiterschaft annähert.

Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenboykott, die Hunderttausende zum Abbruch ihrer Ausbildung zwingen zeigen den ganzen Zynismus der gegenwärtigen Bildungspolitik. Von Bildungsreform ist keine Rede mehr: Erhöhung der Klassenfrquenzen, totaler nc, Kürzung der Audbildungsförderung und Reallohnabbau, Verschärfung der Jugend- und Lehrerarbeitslosigkeit sind abzusehen. Diejenigen, die sich dagegen wehren, versucht man, mit Entlassung und Berufsverboten einzuschüchtern.



WO BLEIBT DA DER "SOZIALSTAAT", DIE SOZIALE"MARKTWIRTSCHAFT ??

Im letzten Jahr haben Hunderttausende überall in der BRD gegen Arbeitslosigkeit, gegen nc und Schulstundenausfall demonstriert: Lehrlinge und Gewerkschafter in Ludwigshafen, Essen, Frankfurt, Hamburg und vielen anderen Städten der BRD; Eltern und Schüler in Niedersachsen und Hamburg; Lehrer in Düsseldorf, Hamburg und Frankfurt; Studenten in München, Stuttgart und Dortmund. Wenn jetzt der DGB auf Initiative der Gewerkschaftsjugend am 8.November nach Dortmund zu einer Aktion für Mitbestimmung, gegen Arbeitslosigkeit und für bessere Bildung und Berufsausbildung aufgerufen hat, so sind auch alle Studenten und Schüler, Eltern, Lehrer und Hochschullehrer angesprochen, denn dort wird auch für ihre Forderungen demonstriert.

Die Forderung nach sofortiger Einführung des 10. Schuljahres und eines Berufsgrundbildungsjahres, nach Demokratisierung des Bildungswesens und ein demokratisches Berufsbildungsgesetz, nach Beseitigung von Jugend-und Lehrerarbeitslosigkeit und nach mehr Mitbestimmung liegt im gemeinsamen Interess

TERMINE

→ 8. 11. DGB Demonstration in Dortmund

→ 1. bis 3. 12. VDS Aktionstage

→ 1. 12. Dietrich Kittner Kabarettist

→ 14. 12. Chilenische Folklore Victor Jara



AUFRUF

Arbeiterjugendliche, Schüler und Studenten merken immer deutlicher: die Sparpolitik und Stillhalteparolen der Bundesregierung verschlechtern die Situation der Arbeiterjugend, der Schüler und Studenten verheerend.

SITUATION der ARBEITERJUGEND

100.000 Schulabgänger sind ohne Lehrstelle. Es fehlen 15.000 Berufsschullehrer, 50-75% aller Lehrlinge erhalten keine theoretischen Unterricht im Betrieb.
Die Forderung der Arbeiterjugend nach 250.000 Ausbildungsplätzen, nach einem zukunftsorientierten Bundesausbildungsgesetz, verlangt gleichzeitig die Erhöhung der Planstellen für Lehrer, die Einstellung aller arbeitslosen Lehrer und Referendare.

SITUATION der SCHÜLER

Außerdem fehlen 240.000 Lehrer zur Erfüllung der Lehrpläne an den Schulen. Der Unterrichtsausfall in Hessen beträgt 15-20%. Nach Berechnung der GEW fehlen 300.000 Lehrer im Bundesgebiet.

SITUATION der STUDENTEN

Drastische Kürzungen der Ausbildungsbeihilfe bis zu 300.-DM und umfassende Stellenkürzungen im öffentlichen Dienst und an der Hochschule führen zu einer untragbaren Lebens- und Studiensituation der Studenten..

Die Forderung der Studenten nach 600.-BAFöG und 1200.- Elternfreibetrag käme besonders den Kindern aus der Arbeiterklasse entgegen.

Arbeiterjugendliche, Schüler und Studenten wissen: den zentralen Angriffen auf ihre elementaren Interessen durch die Großunternehmer und ihre politischen Helfer können sie neben örtlichen nur durch bundesweite einheitliche Aktionen begegnen.

Deshalb fordert der AStA der [illegible] alle Studenten auf:

Demonstriert mit uns am 8.11.75 in Dortmund unter den

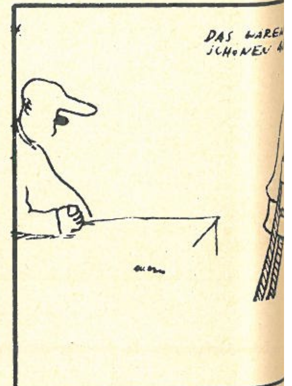
FORDERUNGEN:

- Für die DGB-Forderungen zur Reform der Berufsbildung und des Jugendarbeitsschutzes
- Für paritätische Mitbestimmung
- Für Investitionskontrolle und Investitionslenkung
- Für sichere Arbeitsplätze
- Gegen Lehrstellenverknappung
- Gegen den Abbau sozialer Leistungen
- Gegen Unternehmerwillkür
- Gegen Arbeitslosigkeit
- Einstellung aller Lehrer und Übernahme aller Referendare in den Schuldienst
- Für mehr und bessere Ausbildungs- und Studienplätze
- Für freie und gewerkschaftliche und politische Betätigung in Schule, Hochschule und Betrieb
- Für mehr Bildung statt Rüstung









KOMMILITONEN

Auch unsere Ausbildung
wird nicht von alleine besser!

Deshalb:

KOMMT MIT
am 8.11.
nach DORTMUND

Wegen Mitfahrgelegenheiten
wendet Euch an den AStA

KOMMILITONEN meldet Euch im ASLA

Wenn Ihr

- schon von den neuesten BAFÖG- Kürzungen

und / oder

- von den Preiserhöhungen für Busfahrten betroffen seid!

Nur dadurch, daß alle Einzelfälle zusammengetragen und in ihrem Ausmaß publiziert werden, kann ein konkrter Kampf gegen solche Sparmaßnahmen geführt werden.



Die Kandidaten für die Wahlen für Senat und Konsistorium stehen fest:

Wahl zum Konsistorium
(Benennung der Kandidaten
in alphabetischer Reihenfolge)

Vertreter:	Stellvertreter:
Eisenbeiss, Werner	Schiller, Ilsegret
Garde, Timm	Grafe, Hans Christian
Häfelein, Joachim	Schulze-Wiehenbrauck, Nora
Horstmann, Cornelia	Claus, Christiane
Kuusela, Viljo	Giese, Kathleen
Riedel, Frank	Zimmer, Stephan
Schmitz, Ingolf	Claasen, Margret
Stoltenberg, Angela	Münkel, Thomas

Wahl zum Senat
(Benennung der Kandidaten
in alphabetischer Reihenfolge)

Vertreter:	Stellvertreter:
Ahlström, Per	Odeback, Johan
Eisenbeiss, Werner	Schiller, Ilsegret
Garde, Timm	Grafe, Hans Christian
Hünefeld, geb. Haack, Silke	Jansen, Annegret
Langner, Kurt	Stünkel, Barbara
Stoltenberg, Angela	Münkel, Thomas

ZITATE

Schleyer, Präsident der Arbeitgeberverbände: "Die Frauen im Beruf tun weniger an und für sich als Männer und deshalb können sie auch keinen Aufstieg erwarten!" (Auf einer Konferenz des westdeutschen "Kuratoriums Internationales Jahr der Frau")

"Die Demokratie muß hin und wieder in Blut gebadet werden!" (Chile-Diktator Pinochet)

"Gegen Demokraten helfen nur Soldaten." Geflügeltes Wort der Reaktion um 1848

"Es bleibt nur noch zu wünschen übrig, daß sie in den kommenden Jahren Sicherheit, Glück und Freiheit haben." (Dr. Bossle, Referent auf dem CSU-Parteitag, vor Faschisten in Chile)

Bedarf ist das, was man bezahlen kann. (Hessens Kumi Krollmann)

Was ist wirtschaftlich vernünftig "Natürlich gibt es optimale Klassenstärken aus der Sicht pädagogischer Einsicht, die aber wirtschaftlich unvernünftig sind." (Johannes Rau, SPD Wissenschaftsminister, NRW)

★ TK heißt Techniker-Krankenkasse ★

Till Kramer, 24 J., verh., 1 Kd., Stud.-[redacted]., sucht ab sofort freundliche, aufgeschlossene gesetzl. Krankenkasse, möglichst am Hochschulort.

Till Kramer hat Probleme, seit Krankenversicherung zur ihn zur gesetzlichen Pflicht geworden ist. – Muß er nun eine eigene Versicherung haben oder hat er vielleicht doch Anspruch auf Familien-Mitversicherung? Und was ist mit dem BAföG-Anteil? Denn 25 DM monatlich sind eine Menge Geld für Till Kramer.



Guter Rat ist also teuer. Nicht so bei der TECHNIKER-KRANKENKASSE! TK berät und versichert Studenten aller [redacted] Fachrichtungen. TK ist an allen Hochschulorten vertreten, bekannt für unbürokratische Arbeitsweise und nebenbei auch recht nett.

Geht es Ihnen also wie Till Kramer, haben Sie Fragen zum Versicherungsnachweis oder wollen Sie mehr über die besonderen Leistungen der TK und über günstige Beiträge nach dem Studium wissen – Information wird jedem jederzeit gern zugeschickt.





TECHNIKER-KRANKENKASSE
Ersatzkasse für die technischen Berufe
2400 Lübeck, Holstenstraße 37-41, III. OG
Telefon (04 51) 7 85 37, ⌀ 7 78 33

Coupon

TK – das wär' auch was für mich.

Schicken Sie mir ausführliche Informationen ______ ◯

Die Zeit drängt. Ich möchte gleich den Aufnahmeantrag ______ ◯

Name ______

Ort ______

Straße ______

Fachrichtung/Beruf ______

★ Gesundheit und ein langes Leben ★

★ Gesundheit und ein langes Leben ★

★ Gesundheit und ein langes Leben ★